

Stellungnahme der Interessengemeinschaft Politische Bildung (IGPB) zur Ankündigung eines Schulfachs „Leben in einer Demokratie“ in der Volksschule

Der Wiener Vizebürgermeister Christoph Wiederkehr (NEOS) hat am 11. Juni 2024 vorgeschlagen, „Leben in einer Demokratie“ als neuen und eigenständigen Gegenstand in der Volksschule einzuführen. Die IGPB begrüßt diese Initiative und möchte als nationale Fachgesellschaft für Politische Bildung dazu folgende Konkretisierungsvorschläge vorbringen:

Die Demokratie und die ihr zugrunde liegenden Grundrechte geraten auch in Österreich zunehmend unter Druck. Die Daten des Demokratiemonitors 2023¹ zeigen, dass fast 60 Prozent der in Österreich lebenden Menschen der Meinung sind, dass das politische System nicht gut funktioniert. Noch immer fast 20 Prozent der Österreicher*innen wünschen sich einen „starken Führer, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss“. Diese und weitere Befunde verdeutlichen, dass der Politischen Bildung im österreichischen Bildungssystem eine größere Rolle als bisher zugeschrieben werden sollte. Daher plädiert die IGPB auch schon seit Langem für die Einführung eines eigenständigen Schulfachs Politische Bildung.²

Die Wahl zum Europaparlament vom 6. Juni 2024 hat gezeigt, dass in Österreich nur noch 56 Prozent der Wahlberechtigten von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten. Gleichzeitig wird ein großer Anteil der in Österreich lebenden Menschen durch ein sehr restriktives Staatsbürgerschaftsrecht von Wahlen ausgeschlossen. In Wien betrifft das immerhin 38 Prozent der 20- bis 24-jährigen Wohnbevölkerung, worauf die IGPB bereits in einer ihrer Stellungnahmen hingewiesen hat.³

Zahlreiche Studien verweisen darauf, dass Kinder bereits in der Volksschule über ein Grundverständnis von Politik, Gesellschaft und Zusammenleben verfügen. An diesen Potenzialen gilt es im Rahmen des aktuell diskutierten Schulfaches „Leben in einer Demokratie“ anzuknüpfen. Bezugsdisziplin eines solchen Faches sollte die Politische Bildung sein, das entsprechende Curriculum sollte auf einem soliden politikdidaktischen Fundament stehen. In einer liberalen Demokratie müssen demokratische Prinzipien für das Zusammenleben in einer Gesellschaft leitend sein und keinesfalls extremistische politische oder religiöse Strömungen. Die Kinderrechte sind bereits jetzt wichtiger Bestandteil des Lehrplans in der Volksschule. Die in der Verfassung verankerten Grundrechte der Republik

¹ https://www.demokratiemonitor.at/wp-content/uploads/2023/11/2023_SORA-Praesentationsfolien-DM-2023.pdf (12.06.2024)

² https://igpb.at/wp-content/uploads/IGPB-Positionspapier_Unterrichtsfach-PolBil_2022.pdf (12.06.2024)

³ https://igpb.at/wp-content/uploads/IGPB-Positionspapier_Wahlausschluss.pdf (12.06.2024)

Österreich müssen das leitende Prinzip von Politischer Bildung sein und können so zu einem friedvollen Leben in der Demokratie beitragen. Gleichzeitig muss die Schuldemokratie auch besser als bisher erlebbar gemacht werden und als echtes Instrument der Gestaltung von Schule wahrgenommen werden.

In der Politischen Bildung gibt es, wie in jeder Diskussion im privaten und öffentlichen Raum, unterschiedliche Interessen und Standpunkte. Diese müssen den Schüler*innen in einer kindgerechten Sprache und Methodik unterbreitet werden, damit diese erkennen können, dass es zu jedem gesellschaftlich relevanten Diskurs unterschiedliche Auffassungen gibt. Häufig ist der Kompromiss das Ziel solcher Diskussionen und nicht das Vorhaben, seine Positionen durchsetzen zu können.

Die Volksschule ist der richtige Ort und das Alter der Volksschulkinder der richtige Zeitpunkt, um mit Politischer Bildung zu beginnen. Dafür müssten jedoch Lehrer*innen entsprechend ausgebildet werden, was wiederum Auswirkungen auf die Lehramtsausbildung an den Pädagogischen Hochschulen hätte. Das Curriculum eines solchen Gegenstandes müsste von demokratischen Grundprinzipien, der Anerkennung von Vielfalt und nicht von Abwertung getragen werden. Für Lehrpersonen, die den Gegenstand „Leben in einer Demokratie“ unterrichten, müssten politikdidaktische Standards wie das Überwältigungsverbot und das Kontroversitätsgebot ebenso grundlegend sein wie die Orientierung an facheinschlägigen Kompetenzziele.

Die IGPB hat sich diesem Thema bereits seit längerem angenommen und hat eine Beispielsammlung für die Volksschule erstellt, die allen Lehrer*innen kostenfrei zur Verfügung gestellt wird. Diese Publikation, an der Vorstandsmitglieder der IGPB als Autor*innen mitwirken, erscheint im Herbst 2024.

Die IGPB unterstützt den Vorstoß zur Einführung eines Schulfachs „Leben in einer Demokratie“ und steht mit ihrer Expertise bei der Umsetzung dieses Vorschlags zur Verfügung.

Gezeichnet

der Vorstand der IGPB (Wien, 18. Juni 2024)